

Antrag:

„Vom Zuschauer zum Mitspieler“ – Ein Jugendparlament für Münster schaffen!

Ausgangslage:

Gemäß der 14. Shell-Jugendstudie aus dem Jahr 2002 ist das allgemeine Interesse der Jugend an Politik weiter stark rückläufig. Nur noch 30 Prozent der Jugendlichen zwischen zwölf und 25 Jahren interessieren sich für politische Entscheidungen und Vorgänge. Gering ist auch das Vertrauen der jungen Menschen in die gesellschaftlichen und politischen Institutionen und Akteure.

Der scheinbaren Politikverdrossenheit stehen bei der absoluten Mehrheit der Jugendlichen allerdings eine sehr große Akzeptanz der demokratischen Staatsform und ein großes gesellschaftliches Engagement gegenüber. Gemäß der Shell-Studie sind 35 Prozent der Jugendlichen regelmäßig in ihrem persönlichen Lebensumfeld gesellschaftlich aktiv, 41 Prozent gelegentlich. Dabei orientieren sie sich sehr stark an konkreten und praktischen Fragen, die auch mit ihren persönlichen Chancen und Nutzen verbunden sind. Ein Ausweg aus der großen Distanz der Jugendlichen zur Politik liegt somit vor allem in der intensiveren Beteiligung der Jugendlichen an politischen Entscheidungen direkt vor Ort in ihrem Lebensumfeld. Ein Jugendparlament kann dabei ein Baustein von vielen sein, um Jugendliche an politischen Entscheidungen teilhaben zu lassen.

Der Rat möge beschließen:

1. Die Stadt richtet ein Jugendparlament zunächst mit einer zweijährigen Modellphase ein. Wahl und Einrichtung eines Jugendparlaments sind zum Frühjahr 2006 vorzubereiten. Die Amtszeit des Jugendparlaments beträgt zwei Jahre. Wahlberechtigt sind Jugendliche bis zum 16. Lebensjahr. Anhand eines Erfahrungsberichts soll anschließend entschieden werden, ob ein Jugendparlament auf Dauer eingerichtet wird.
2. Zur Vorbereitung dieses Jugendparlaments wird die Verwaltung beauftragt eine Expertenanhörung zu organisieren, in der Fachleute und Beteiligte aus anderen Städten und Gemeinden über ihre Erfahrungen zur Einrichtung und Arbeitsweise von Jugendparlamenten berichten. Schwerpunkte der Anhörung bilden dabei:
 - die Akzeptanz von Jugendparlamenten bei den Jugendlichen
 - die Altersspannbreite der Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Jugendparlamenten
 - mögliche Wahlmodi für ein Jugendparlament
 - Wirkungs- und Aufgabenbereiche eines Jugendparlaments
 - finanzielle Ausstattung / Etat eines Jugendparlaments
 - Organisation und Begleitung eines Jugendparlaments durch Rat, Ausschüsse, Verwaltung und Schulen
3. In Anlehnung an die Expertenanhörung erarbeitet die Verwaltung ein Konzept für ein Jugendparlament sowie ein Wahlverfahren und legt dieses den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung vor.

Begründung:

Ein Jugendparlament für Münster schaffen!

Die Jugendlichen in unserer Stadt sollen nicht nur zuschauen, sie sollen auch selbst gestalten können. Ein Jugendparlament für Münster zu schaffen heißt für CDU und FDP daher vor allem: Diejenigen, die nach dem Gesetz den Rat noch nicht mitwählen dürfen, erhalten erstmals eine eigene Interessenvertretung, in der sie ihre Anliegen und Ziele diskutieren, beraten und zur Vorbereitung von Entscheidungen in die Gremien der Stadt in geeigneter Form einfließen lassen können. Die Jugendlichen erhalten ihr eigenes Gremium, in dem sie sich nicht nur austauschen, sondern praktisch etwas bewegen können sollen. Erleben Jugendliche in ihrem Lebensumfeld, dass ihre Stimme zählt und ihre Meinung gehört wird, dann entwickelt sich hierüber eine Beteiligungskultur, die für Münster nur von Vorteil sein kann: Über die Arbeit im Jugendparlament lernen die Jugendlichen politische Abläufe kennen, sie lernen, politische Vorgänge selbstständig zu untersuchen, zu beurteilen und eigene Positionen zu entwickeln. Sie lernen aber auch, die elementaren Spielregeln der Demokratie und des gesellschaftlichen Miteinanders in der Praxis umzusetzen, abweichende Meinungen zu akzeptieren und Kompromisse zu machen.

Erfahrungen anderer Städte und Gemeinden für Münster nutzen

Da bundesweit bislang sowohl positive als auch negative Erfahrungen mit der Einrichtung und Etablierung von Jugendparlamenten verbunden sind, sollte in Münster besonders großer Wert auf eine intensive Vorbereitung für ein Jugendparlament gelegt werden. Soll das Jugendparlament ein dauerhafter Erfolg werden, ist die Einbeziehung von Experten und ihren praktischen Erfahrungen und Einschätzungen zum Aufbau und Alltag eines Jugendparlaments unerlässlich. Nichts wäre schädlicher als ein Fehlstart des Jugendparlaments aufgrund vermeidbarer Fehler, denn dieser würde die Politikdistanz vieler Jugendlicher noch verstärken statt die Jugendlichen über eine reibungslos arbeitende Interessenvertretung erfolgreich an kommunalpolitische Prozesse und Entscheidungsabläufe heran zu führen.

Beispiele für erfolgreiche Jugendparlamente gibt es viele: Im Jahr 1985 wurde im Baden-Württembergischen Weingarten der erste Jugendgemeinderat in der Bundesrepublik Deutschland ins Leben gerufen. Nach Einschätzung des Bürgermeisters Gerd Gerber hat dieser sich bewährt, „da er die Mitbestimmung von Jugendlichen in kommunalpolitischen Fragen ermöglicht, und das weit über sonstige Beteiligungsformen hinaus. Durch ihn können verstärkt Sichtweisen und Meinungen von Jugendlichen in Interessenabwägungen mit einfließen, vor allem bei Themen mit kinder- und jugendspezifischem Bezug.“ Indem der Oberbürgermeister die Sitzungen leitet und einzelne Fraktionsmitglieder regelmäßig als Gäste an den Sitzungen teilnehmen, ist der Jugendgemeinderat in Weingarten gut mit dem Rat verzahnt. Das Weingartener Experiment zur Beteiligung Jugendlicher am kommunalen Geschehen fand Mitte der achtziger Jahre schnell erste Nachahmer. Heute gibt es in mindestens elf Bundesländern Jugendparlamente. In NRW gibt es 28 politische Interessenvertretungen für Jugendliche, in Bayern 58 Jugendparlamente; das „Pionierland“ Baden-Württemberg ist mit knapp 100 Jugendgemeinderäten weiterhin führend.

Die bisherigen Erfahrungen mit Jugendparlamenten haben gezeigt, dass es für diese keine zwingend einheitliche Form gibt. Vielmehr werden die Jugendparlamente stark in die jeweilige Struktur vor Ort eingebunden und ihre Organisationsform entsprechend sehr beweglich gehandhabt. In den einzelnen Städten und Gemeinden Deutschlands haben sich verschiedene Modelle kommunaler Jugendvertretungen unter den verschiedensten Bezeichnungen etabliert. Für CDU und FDP ist daher der Vergleich mit Städten ähnlicher Größenordnung und Struktur von besonderer Bedeutung.

Ein erfolgreiches Jugendparlament braucht Begleitung und feste Ansprechpartner

Ein erfolgreich arbeitendes Jugendparlament lebt besonders von einer engen Begleitung, Anleitung und Unterstützung durch die Erwachsenen. Feste Ansprechpartner in Rat und Verwaltung bilden die wichtigste Schnittstelle zwischen den Jugendlichen und ihrer Stadt. Soll ein Jugendparlament eingerichtet werden, muss daher der gute Wille aller Erwachsenen da sein, alle Beteiligten des

Jugendparlaments müssen an einem Strang ziehen. Dies gilt ganz besonders auch für die Schulen, die von Rat und Verwaltung frühzeitig als feste Partner in das Projekt "Jugendparlament" einbezogen werden sollten.

Dass eine gute Vernetzung und feste Ansprechpartner sich auszahlen, zeigen besonders die Jugendgemeinderäte in Baden-Württemberg, wo es grundsätzlich feste Bezugspersonen, etwa aus dem Jugendamt, gibt. Auch die Verzahnung mit dem Rat ist eng: Oft leiten die Bürgermeister die Sitzungen der Jugendparlamente, viele Fraktionsmitglieder nehmen regelmäßig an diesen teil. Als weitere feste Kooperationspartner kommen die Schulen, aber auch die Landeszentrale für politische Bildung hinzu. Die Landeszentrale für politische Bildung berät die Jugendlichen, vergibt zusätzliche Projektgelder, bietet Seminare an und unterstützt die Herausgabe einer monatlichen Publikation für Jugendgemeinderäte in Baden-Württemberg.

Mehr als ein Planspiel: Ein Jugendparlament braucht eigene Entscheidungskompetenz und eigene Mittel

Die bisherigen Erfahrungen haben deutlich gezeigt, dass Jugendliche die Möglichkeiten der direkten Beteiligung sehr schnell für sich entdecken und nutzen. Dass, was sie selbst „auf die Beine“ gestellt, angeregt und durchgesetzt haben, besitzt für sie eine sehr viel größere Akzeptanz als das, was andere für sie entschieden haben. Dafür brauchen die Jugendlichen eigene Entscheidungskompetenz, damit sie sich Ernst genommen fühlen, Erfolgserlebnisse haben, aber auch aus Niederlagen lernen können. Hierzu erwarten CDU und FDP von der Verwaltung entsprechende Vorschläge.

gez.

Heinz-Dieter Sellenriek
CDU-Fraktion

gez.

Carola Möllemann-Appelhoff
FDP-Fraktion